

## **Die linke Mitte muss den dritten Weg gehen!**

Von Karsten Rudolph und Stefan Mühlhofer

Die Linkspartei.PDS beschert der SPD einen Zweifrontenkampf, den sie das letzte Mal in der Frühgeschichte der Bonner Republik gegen die Union und die KPD zu bestehen hatte. Auf der einen Seite steht schon wieder die CDU/CSU/FDP. Auf der anderen Seite eine Partei, die sich als einzige Alternative zu den bestehenden Parteien ausgibt. Die Bundestagswahl wird so zur Richtungswahl nicht nur zwischen rechts und links sondern auch zwischen gestern und heute.

### *Berlin ist nicht Weimar*

Von gestern ist eine Union, die hinter die Idee der sozialen Marktwirtschaft zurückfällt. Sie kaschiert mit dem Slogan "alles was Arbeit schafft ist sozial" eine Politik, die sich von dem sozialen Konsens abwendet, der an der Wiege der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik stand. Sie verschiebt die soziale Symmetrie zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch zu Ungunsten ihrer eigenen Klientel, dem "alten" Mittelstand. Denn noch vor den Verbrauchern werden der Einzelhandel und das Handwerk mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Kasse gebeten. Die günstigen Umfragewerte können nicht darüber hinweg täuschen: Die Union streift ihren Charakter als Volkspartei ab.

Von gestern - wenn nicht von vorgestern - ist die Linkspartei, mit der die PDS ihren zweiten Versuch der Westausdehnung unternimmt. Dort arbeitet sie zusammen mit dem Treibsand aus politischen Aktivisten, die nicht selten mehr als eine Parteikarriere abgebrochen haben. Die gerade eben neu gegründete WASG hat sich nach der Vereinigung mit der PDS bereits wieder selbst überflüssig gemacht. Eines zeigt sich schon jetzt: Die alte PDS gibt die Richtung vor. Das Wahlkampfprogramm ist das der PDS, die den Wahlkampf auch organisiert. Schwerer wiegt jedoch, dass die Linkspartei genau das

betreibt, was sie vorgibt zu verhindern: den Weg in die schwarze Republik.

All' dies ist nicht wirklich neu. Man muss dabei nicht gleich an Weimarer Verhältnisse denken, doch an sie erinnern darf und muss man schon.

Es ist nämlich bemerkenswert, mit welcher Rasanz sich die Union von den Erkenntnissen und Forderungen der katholischen Soziallehre und den Traditionen der katholischen Zentrumspartei fortbewegt und dies mit einem aufgesetzten christlich-abendländischem

Patriotismuskurs zu kaschieren sucht. Dabei machte gerade die bundesrepublikanische Synthese aus Zentrumstradition und bürgerlichen Interessenparteien die Union zur Volkspartei. Inzwischen läuft sie geradewegs in eine überwunden geglaubte Vergangenheit zurück. Zerreißt der aus wahltaktischen Gründen aufgelegte Schleier, dann wird unter ihm das Antlitz einer alten Braut kenntlich - das zerfurchte Gesicht der liberal-konservativen, nationalistisch aufgeladenen Deutschen Volkspartei der Weimarer Republik.

Die Linkspartei.PDS verfolgt zwei Wahlziele, die ihren rein populistischen Charakter offenbaren: Sie möchte möglichst viele Protestwähler von rechts und links an sich binden und sie möchte in keinem Fall die Regierungsverantwortung mittragen. Die letzte Partei in Deutschland, die dieselbe Strategie verfolgte, war die NSDAP.

Waren es dazumal die "Systemparteien" so sind es heute die "neoliberalen Parteien" gegen die das vermeintlich ungehörte, "von oben" geknebelte Volk in Stellung gebracht wird. Das Schüren des Ressentiments, der Vorwurf des Wahlbetrugs und des Verrats sind die Triebkräfte der Agitation, die Lafontaine beherrscht. Verrat der Parteien am Volk im Allgemeinen, Verrat der SPD an den "kleinen Leuten" im Besonderen. Die Linkspartei.PDS profitiert von der neo-liberalen Wendung der Union; ihr eigentlicher politischer Konkurrent ist die Sozialdemokratie. Es kann nicht mehr lange dauern bis die Linkspartei.PDS die SPD als die gefährlichste neoliberale Partei bekämpft wird, weil diese ihren vermeintlich unsozialen Charakter am Besten kaschiert. Auch dies wäre kein neuer Vorwurf: Die NSDAP

hatte der SPD den Verrat am deutschen Arbeiter vorgeworfen, die KPD verunglimpfte die SPD als sozialfaschistische Partei. Eine positive Vision hat die Linkspartei.PDS nicht anzubieten: Soziale Gerechtigkeit mündet bei ihr geradewegs in das das gleiche Verteilen vom weniger werdenden. Die Kritik gerät so unter der Hand zur negativen Vision: Wenn schon Hartz IV dann wenigstens für alle! Berlin ist nicht Weimar. Eine Politik der linken Mitte muss gegenüber den neoliberalen Zumutungen von rechts und den populistischen Attacken von gestern den Dritten Weg gehen, der eng mit dem europäischen Traum verbunden ist, den Jeremy Rifkin beschrieben hat. Dieser Europäische Traum beruht zuerst auf einem spezifischen Verständnis von Freiheit und Sicherheit. Die Freiheit des Einzelnen liegt nicht in persönlicher Autonomie sondern in gemeinschaftliche Beziehungen. Frei zu sein heißt teilhaben zu können. Nur gleichberechtigte Teilhabe schafft Freiheit und Sicherheit. Das ist der Sinn einer sozialdemokratischen Politik des Förderns und Forderns. Das Problem der SPD liegt darin, dass sie diese Politik zu sehr auf die depravierten Unterschichten bezogen hat und nicht genügend auf die Oberschichten, die sich von der bundesdeutschen Gesellschaft abgelöst haben und ihre Verantwortung für das Gemeinwesen scheuen. Fördern und fordern muss hier deshalb heißen: runter mit den Unternehmenssteuern auf ein westliches Niveau, aber rauf mit den Steuern für die sehr gut Verdienenden - ebenfalls auf ein Niveau, das zum Beispiel demjenigen der USA entspricht. Eine Politik der linken Mitte kann nicht anders als auch weiterhin auf die mühsame Arbeit der Aufklärung setzen und sich gegen neoliberalistische und populistische Heilsversprechungen gleichermaßen wenden. Sie kann sich nur in einer "zupackenden und deshalb optimistischen Auseinandersetzung mit dem dynamischen Wandel der Welt" (Tobias Dür) bewähren. Denn die SPD hat eines in ihrer Geschichte lernen müssen: stumpfsinniges Festhalten am Vergehenden oder starrsinnige Gegenwartsverweigerung sind die Feinde des sozialen Fortschritts. Oder einfacher gesagt: Es wäre

Leistungsverweigerung gegenüber den Leistungsträgern dieser Gesellschaft.

### *Der Dritte Weg der linken Mitte*

Jetzt, da die Parteien ihre Vorstellungen von der zukünftigen Gestaltung Deutschlands in ihren Wahlprogrammen oder Wahlprogrammmentwürfen festgehalten haben, lassen sich in fünf zentralen Politikfeldern die unterschiedlichen Standpunkte beleuchten und der Dritte Weg der linken Mitte besser ausleuchten: Es geht um die Zukunft des staatlichen Handelns, um eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik angesichts einer lahmen Binnenkonjunktur, um eine nachhaltige Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung und um eine europäische Außenpolitik.

Grundlegend für das Politikverständnis einer Partei ist ihre Haltung zum Staat. Die Union hat ihre Einstellung zum Staat in den letzten Jahren deutlich geändert. War früher ihr Ziel, den Staat zu erobern und in ihrem Sinne zu gestalten, möchte sie ihn heute unter dem Schlagwort des „Bürokratieabbaus“ noch weiter verschlanken. Ankündigungen in ihrem Wahlprogramm wie „Wir bauen staatliche Aufgaben ab“ oder „Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken“ deuten dies an. An die Stelle einer vermeintlichen „Gängelung der wirtschaftlichen Betätigung durch Rechtsvorgaben des Bundes“ will sie eine möglichst liberale Marktordnung setzen. Dahinter steckt eine Verschiebung des Kräftegewichts zwischen Marktkapitalismus und Staat: Nicht der demokratische Staat reguliert den Markt, die Wirtschaft bestimmt den Rahmen staatlichen Handelns. Die größte Gefahr für ein effektives staatliches Handeln droht freilich durch die Steuerpolitik der Union. Durch weitere Kürzungen im Einkommenssteuerbereich werden die öffentlichen Hände weiter in die Verschuldungsfalle gejagt und der Staat wird Schritt für Schritt handlungsunfähig gemacht. So wird die Verfassung umgeschrieben. Art. 20 des Grundgesetzes müsste demnach lauten: "Alle Staatsgewalt geht vom Markt aus!" - nicht länger vom Volke.

Dagegen ist das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS durchsetzt mit Forderungen nach Aufgaben, die der Staat zusätzlich übernehmen soll. Es präsentiert eine geradezu naive neue Staatsgläubigkeit und weckt die Sehnsucht nach dem starken, schützenden Nationalstaat.

Nationalismus kann man von rechts und von links betreiben.

Lafontaine betreibt ihn von links.

Die SPD versucht demgegenüber die Maxime "so viel Staat wie nötig mit so wenig Bürokratie wie möglich" zu vertreten. Der Staat soll nicht zur Magd der Wirtschaft werden. Dass „Geld die Welt regiert“ soll nicht akzeptiert werden. Zurecht wird "der Primat der Politik" reklamiert, denn - und darauf insbesondere Franz Müntefering in letzter Zeit immer wieder hingewiesen: Demokratie ist ohne einen handlungsfähigen Staat nicht zu haben. Um gesellschaftliche und politische Ordnungen gestalten zu können, bedient sich demokratische Politik des Staates.

In der Wirtschaftspolitik liegen die Positionen der drei Parteien ebenfalls auseinander. Unter dem Präsidenten-Motto „Vorfahrt für Arbeit“ baut die Union auf eine angebotsorientierte Politik. „Weniger Vorschriften, mehr Freiheit“ - schon dieses Versprechen zeugt von der Grundannahme der CDU, dass nur möglichst ungehinderte Marktkräfte schon allein für Wachstum, Arbeit und Wohlstand sorgen. Damit macht sich die Union die Globalisierung zum eigenen Programm und erklärt den Wettbewerb zum Ziel der Wirtschaftspolitik.

Demgegenüber traut die Linkspartei.PDS dem freien Markt nichts zu. Sie setzt auf Nachfragepolitik durch Staatskredite und auf nationalwirtschaftliche Konzepte, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu Recht aufgegeben wurden.

Beiden Positionen widerspricht die SPD. Sie warnt vor einer weiteren Liberalisierung der Märkte, weil diese zu „mehr Ungerechtigkeit plus mehr Unsicherheit“ führen würde und setzt sich für eine Mischung aus angebots- und nachfrageorientierter Politik ein, um die Herausforderungen der Globalisierung anzunehmen. Seit Karl Schiller weiß die Partei (oder müsste sie wissen): Wettbewerb ist kein Ziel

sondern ein Mittel der Wirtschaftspolitik, um Wohlstand für alle zu erreichen und soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Auch in der Sozialpolitik haben die Wählerinnen und Wähler die Wahl: Während die CDU/CSU die Privatisierung von Lebensrisiken vorantreiben und das Paritätsprinzip bei der Finanzierung der Sozialversicherungen (Stichwort: Gesundheitsprämie/Kopfpauschale) aufgeben, Schutz- und Arbeitnehmerrechte aufweichen will, träumt die Linkspartei.PDS von einer Renaissance des Sozialstaats der siebziger Jahre.

Die SPD sucht dagegen nach einem beschäftigungs- und sozialpolitisch beidermaßen ausgewogenem Konzept der nachhaltigen Sicherung der Sozialversicherungen und des Sozialstaats. Dafür stehen sowohl größere Anstrengungen zur Eigenverantwortung wie die Idee der Bürgerversicherung. Während bei der Linkspartei.PDS alle Einkommensarten lediglich in die gesetzlichen Krankenversicherungen einbezogen werden sollen, möchte die SPD gesetzliche und private Krankenversicherungen in einem Wettbewerb auch weiterhin bestehen lassen und als Bemessungsgrundlage Löhne, Gehälter, Renten und zu einem gewissen Anteil auch Kapitalerträge heranziehen. Mieten und Pachten sollen beitragsfrei bleiben.

Auch in der Außenpolitik markieren die Programme deutliche politische Unterschiede. Die Union setzt auf eine transatlantische Politik und fordert „nicht Abgrenzung zu den USA“, sondern ein gemeinsames Engagement „beim Kampf gegen internationalen Terrorismus“. Die Linkspartei.PDS fordert das Gegenteil und eine deutliche Abkehr von der derzeitigen Außenpolitik. Keine Beteiligung der Bundeswehr mehr an internationalen Einsätzen ist eine zentrale Aussage in ihrem Programm. Die Haltungen beider Parteien laufen auf eine bilaterale Außenpolitik hinaus: Die eine will im Windschatten der Washingtoner Außenpolitik segeln, die andere mündet in eine unmögliche isolationistische Position.

Die SPD zeichnet dagegen die Außenpolitik der rot-grünen Bundesregierung weiter: Multilateralismus, stärkere Elemente der vorausschauenden Friedenspolitik („Konfliktprävention,

Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung“ werden angekündigt, die Stärkung der UN verlangt und eine deutlichere Positionierung Europas „in Sachen Frieden und Sicherheit“, mithin eine gemeinsame europäische Außenpolitik skizziert.

*Den Dritten Weg stark machen*

Der alte Antikapitalismus war eine Weltanschauung. Die Linkspartei.PDS versucht, sie gegen die Weltanschauung des neuen Kapitalismus zu revitalisieren. Es wäre fatal, wenn beide Ideologien unser Leben und Denken beherrschen würden. Die Alternative zur Rückkehr der großen Dogmen bildet das offene und wandlungsfähige Konzept der sozialen Demokratie, das die SPD anbietet.

Reformpolitik mit Leidenschaft, Augenmaß und in sozialer Verantwortung kann nur gelingen, wenn die Idee der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit immer wieder gegen die ungerechten Zustände der Gegenwart erneuert wird. Dies ist und bleibt der Auftrag der Sozialdemokratie.

Dr. Karsten Rudolph MdL ist stellvertretender Vorsitzender der NRW-SPD.

Dr. Stefan Mühlhofer ist Historiker und leitet das Düsseldorfer Büro der NRW-Bundestagsgruppe.